

Stubenring 1, 1010 Wien DVR: 0017001

AUSKUNFT

Mag.iur. Reinhard Seitz Tel: (01) 711 00 DW 2019 Fax: (01) 7189470-2532 Reinhard.Seitz@bmask.gv.at

E-Mail Antworten sind bitte unter Anführung der Geschäftszahl an die E-Mail Adresse post@bmask.gv.at zu richten.

An den/die/das

Präsidentschaftskanzlei.

Parlamentsdirektion

Rechnungshof

Volksanwaltschaft

Verfassungsgerichtshof

Verwaltungsgerichtshof

Obersten Gerichtshof

Unabhängigen Verwaltungssenate

Bundeskanzleramt (Sektionen II, IV und V)

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

(Sektionen I bis V und VII)

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Bundesministerium für Finanzen

Bundesministerium für Frauenangelegenheiten und Öffentlichen Dienst

Bundesministerium für Gesundheit

Bundesministerium für Inneres

Bundesministerium für Justiz

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Büro des Herrn Vizekanzlers DI Josef Pröll

Büro des Herrn Staatssekretärs im Bundeskanzleramt Dr. Josef Ostermayer

Büro des Herrn Staatssekretärs im BMF Dr. Reinhold Lopatka

Büro des Herrn Staatssekretärs im BMF Mag. Andreas Schieder

Büro der Frau Staatssekretärin im BMWFJ Mag. Verena Remler

Amt der Burgenländischen Landesregierung

Amt der Kärntner Landesregierung

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung

Amt der Salzburger Landesregierung

Amt der Steiermärkischen Landesregierung

Amt der Tiroler Landesregierung

Amt der Vorarlberger Landesregierung

Amt der Wiener Landesregierung

Verbindungsstelle der Bundesländer

Österreichischen Städtebund

Österreichischen Gemeindebund

Wirtschaftskammer Österreich

Bundesarbeitskammer

Landwirtschaftskammer Österreich

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Vereinigung österreichischer Industrieller

Österreichischer Landarbeiterkammertag

Bundes-Gleichbehandlungskommission

Datenschutzrat

Datenschutzkommission

Österreichischer Seniorenrat

Finanzprokuratur

Statistikrat

Statistik Austria

Rektorenkonferenz

Österreichische Hochschülerschaft

Arbeitsmarktservice Österreich

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Anwaltschaft für Gleichbehandlung

Geschäftsstelle Plattform Digitales Österreich beim Bundeskanzleramt

Österreichischer Rechtanwaltskammertag

Österreichische Notariatskammer

Österreichische Patentanwaltskammer

Österreichische Ärztekammer

Österreichische Zahnärztekammer

Bundeskammer d. Tierärzte Österreichs

Österreichische Apothekenkammer

Verband Angestellter Apotheker

Bundeskammer d. Architekten u. Ingenieurskonsulenten

Kammer der Wirtschaftstreuhänder

Bundeskonferenz d. Kammern d. freien Berufe

Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs

Geschäftsführung des Bundesseniorenbeirates

ARGE Daten – Österreichische Gesellschaft für Datenschutz

Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

Österreichische Arbeitsgemeinschaft f. Rehabilitation

Österreichische Nationalbank

Österreichische Akademie der Wissenschaften

Institut für Höhere Studien

Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung

Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband Österreichs

Institut für Sozialpolitik und Sozialreform

Beratungszentrum für Migranten und Migrantinnen

GZ: BMASK-433.001/0106-VI/AMR/7/2010

Wien, 09.12.2010

Betreff: Bundesgesetz, mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert wird; Begutachtung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Sektion Arbeitsmarkt, übermittelt in der Anlage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert wird, samt Anlagen und Erläuterungen.

Es wird ersucht, die **Stellungnahme bis spätestens 28. Jänner 2011** per E-Mail an die Adresse vi**7**@bmask.gv.at zu übermitteln.

Sollte bis zu diesem Zeitpunkt keine Stellungnahme einlangen, wird angenommen, dass gegen den Entwurf keine Bedenken bestehen.

Im Hinblick auf die Entschließung des Nationalrates anlässlich der Verabschiedung des Geschäftsordnungsgesetzes, BGBI. Nr. 178/1961, wird ersucht, die Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates per E-Mail an die Adresse begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at zu übersenden.

Die Aussendung dient gleichzeitig als Übermittlung im Sinne des Art. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBI. I Nr. 35/1999.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Bundesministerium für Inneres zeitgleich den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, das Fremdenpolizeigesetz 2005, das Asylgesetz 2005 und das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 geändert werden, zur Begutachtung ausgesandt hat. Dieser Entwurf enthält die korrespondierenden fremdenrechtlichen Regelungen zum vorliegenden Gesetzesentwurf.

Der vorliegende Gesetzesentwurf samt Anlagen und Erläuterungen wird auch auf der Homepage des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz unter http://www.bmask.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH0175 und im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) veröffentlicht.

Begutachtungsentwurf samt Anlagen und Erläuterungen

Mit freundlichen Grüßen Für den Bundesminister:

Mag.iur. Roland Sauer

Elektronisch gefertigt.